

Nationaler Dialog zur Klimaanpassung

Gemeinsam sind wir klimaresilient
Wie Beteiligung in Städten
und Regionen gelingt

27.–28. Juni 2017
Umweltbundesamt Dessau-Roßlau



Dokumentation des Nationalen Dialogs zur Klimaanpassung

Gemeinsam sind wir klimaresilient: Wie Beteiligung in Städten und Regionen gelingt

**Umwelt
Bundesamt**

KomPass
Kompetenzzentrum
Klimafolgen und Anpassung

Beratung und
Durchführung:



i | ö | w
INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG



Inhalt

Nationaler Dialog zur Klimaanpassung.....	2
Programm	3
Dienstag, 27.06.2017	3
Mittwoch, 28.06.2017.....	5
Begrüßung	6
Einführung in den Dialog.....	6
Interviewrunde: Warum kann Klimaresilienz nur gemeinsam erreicht werden? – Perspektiven aus Politik und Praxis	7
Keynotes: Warum und wie beteiligen? – Perspektiven aus der Wissenschaft	10
Workshops: Wie gelingt Beteiligung? – Herausforderungen, Erfolgsfaktoren, Handlungsempfehlungen	12
Workshop 1: Anpassungsstrategien entwickeln und abstimmen	12
Workshop 2: Bürgerinnen und Bürger aktivieren	17
Workshop 3: Lokale Initiativen und Eigenvorsorge stärken.....	21
Workshop 4: Konflikte durch Beteiligung lösen.....	25
Zusammenfassung der Erfolgsfaktoren.....	29
Zusammenfassung der Handlungsempfehlungen.....	30
Resümee der Workshops: Ausstellung der Ergebnisse und Feedback des Reflexionsteams	31
Fishbowl-Diskussion - Gemeinsam klimaresilient: Welche Akteursbündnisse und Beteiligungsformate sind gefragt?.....	32
Fazit und Ausblick	36
Feedback der Teilnehmenden	37
Karte mit Beteiligungsprozessen.....	38

Zitierhinweis:

Hoffmann, Esther; Rupp, Johannes; Kayser, Jerome; Vogel, Christina (2017): Dokumentation des Nationalen Dialogs zur Klimaanpassung „Gemeinsam sind wir klimaresilient: Wie Beteiligung in Städten und Regionen gelingt“, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, Berlin, im Auftrag des Umweltbundesamts, Dessau-Roßlau, 27.10.2017

Nationaler Dialog zur Klimaanpassung

Um Städte und Regionen klimaresilient und nachhaltig zu gestalten, müssen viele Akteure kooperieren. Beteiligungsprozesse bieten viele Chancen:

- Sie schaffen ein Bewusstsein für die Folgen des Klimawandels,
- helfen Maßnahmen direkt vor Ort zu entwickeln und bewerten,
- bieten Raum zur Verständigung über gesellschaftliche Ziele für eine klimaresiliente Stadt oder Region und
- verhindern oder lösen mögliche Konflikte.

Der Klimawandel beeinflusst die Lebenswelten der Bürger/innen direkt. Über Beteiligung können gemeinsam kreative und nachhaltige Lösungen im Umgang mit Klimafolgen erarbeitet werden. Dabei kann die Beteiligung als Impuls für einen Transformationsprozess hin zu einer klimaresilienten Stadt und Region wirken. Beteiligungsprozesse sind daher neben rechtlichen und ökonomischen Instrumenten ein wichtiger Bestandteil des Instrumentenmixes der Klimawandelanpassung in Deutschland.

In verschiedenen Städten und Regionen wurden bereits umfangreiche Beteiligungsprozesse zur Klimaanpassung durchgeführt. Solche Praxisbeispiele wurden in vier parallelen Workshops vorgestellt.

Ziel des Dialogs war es, Erfolgsfaktoren für gelingende Beteiligung zu diskutieren und durch Erfahrungsaustausch zu lernen, wie die verschiedenen Herausforderungen, die Beteiligungsprozesse mit sich bringen, angegangen werden können. Dabei wurden Handlungsempfehlungen für Kommunen sowie für Bund und Länder herausgearbeitet.

Am Dialog nahmen insgesamt etwa 90 Personen teil – aus unterschiedlichen Verwaltungsebenen, aus Beratung und Forschung, aus Umweltorganisationen und Unternehmen.

Die Dokumentation gibt die Inhalte des Dialoges wieder. Alle Vortragsfolien finden Sie unter: <https://www.umweltbundesamt.de/service/termine/nationaler-dialog-gemeinsam-sind-wir-klimaresilient>

Programm

Dienstag, 27.06.2017

Ab 09:45 Ankunft und Empfang bei Kaffee

10:30 **Begrüßung**
[Petra Mahrenholz](#), Umweltbundesamt, Leiterin des Kompetenzzentrums
Klimafolgen und Anpassung (KomPass)

10:45 **Einführung in den Dialog**
[Dr. Esther Hoffmann](#), Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)
(Moderation)

11:00 **Interviewrunde:**
Warum kann Klimaresilienz nur gemeinsam erreicht werden?
– Perspektiven aus Politik und Praxis
[Thomas Stratenwerth](#), Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Re-
aktorsicherheit, Referatsleiter, Federführung Deutsche Anpassungsstrategie
[Dr. Michael Münnich](#), Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Re-
aktorsicherheit, Referatsleiter, Grundsatzangelegenheiten der Bürgerbeteiligung
[Elisabeth Czorny](#), Stadt Hannover, Leiterin des Bereichs Umweltschutz und
Mitglied der Fachkommission Umwelt des Deutschen Städtetags
[Jörg Sommer](#), Deutsche Umweltstiftung, Vorstandsvorsitzender
[Ingo Schwerdorf](#), Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Abteilungsleiter Wasserwirt-
schaftliche Planungen

11:30 **Keynotes:**
Warum und wie beteiligen? – Perspektiven aus der Wissenschaft

Partizipative Verfahren für die gesellschaftliche Transformation
[Dr. Carolin Schröder](#), Technische Universität Berlin, Zentrum Technik und
Gesellschaft, Bereichsleiterin Partizipation

Beteiligungsprozesse zur Klimaanpassung in Deutschland
– Wo stehen wir?
[Dr. Torsten Grothmann](#), Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und e-fect

12:45 Mittagspause

13:45

Parallele Workshops:

Wie gelingt Beteiligung?

– Herausforderungen, Erfolgsfaktoren, Handlungsempfehlungen

WORKSHOP 1: Anpassungsstrategien entwickeln und abstimmen

Christiane Kawe, Stadt Leipzig

Sara Wild, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Moderation:

Sebastian Ebert, Umweltbundesamt, Fachgebiet KomPass

Dr. Esther Hoffmann, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung

WORKSHOP 2: Bürgerinnen und Bürger aktivieren

Birgit Frerig-Liekhues, Stadt Rietberg

Andreas Kramer, Gundlach, Bau- und Immobilien (Klimawohl Hannover)

Moderation:

Kirsten Sander, Umweltbundesamt, Fachgebiet KomPass

Ria Müller, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung

WORKSHOP 3: Lokale Initiativen und Eigenvorsorge stärken

Susanne Walz, L.I.S.T., Geschäftsführerin (Kiezklima Berlin)

Daniel Willeke, Stadt Uebigau-Wahrenbrück

Moderation:

Andreas Vetter, Umweltbundesamt, Fachgebiet KomPass

Johannes Rupp, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung

WORKSHOP 4: Konflikte durch Beteiligung lösen

Hans-Hermann Bode, Kreisbaurat des Landkreises Stade

Jannes Fröhlich, WWF (Zukunftsplanung Husumer Dockkoog)

Moderation:

PD Dr. Achim Daschkeit, Umweltbundesamt, Fachgebiet KomPass

Maria Lindow, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung

15:15

Kaffeepause

15:45

Parallele Workshops:

Wie gelingt Beteiligung?

(Fortsetzung der Diskussionen, Schlussfolgerungen)

17:15

Ende des ersten Veranstaltungstages

19:30

Abendessen (nach vorheriger Anmeldung)

Hotel Fürst Leopold, Dessau



Mittwoch, 28.06.2017

09:00 **Resümee der Workshops:
Herausforderungen, Erfolgsfaktoren, Handlungsempfehlungen
für gelingende Beteiligung**

[Marcus Bloser](#), IKU_Die Dialoggestalter (Moderation)

Ausstellung der Workshopergebnisse

Feedback des Reflexionsteams:

[Petra Mahrenholz](#)

[Dr. Torsten Grothmann](#)

[Dr. Carolin Schröder](#)

[Jörg Sommer](#)

10:00 Kaffeepause

10:30 **Gemeinsam klimaresilient:
Welche Akteursbündnisse und Beteiligungsformate sind gefragt?**

Beteiligung live: Fishbowl-Diskussion mit

[Thomas Stratenwerth](#)

[Prof. Dr. Heike Walk](#), Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde,
Professorin für Transformation Governance

[Elisabeth Czorny](#)

[Jörg Sommer](#)

Alle Teilnehmenden sind eingeladen, sich aktiv einzubringen

12:00 **Fazit und Ausblick**

[Petra Mahrenholz](#)

12:15–13:30 Ausklang bei Snacks und Getränken

Begrüßung

Petra Mahrenholz, Umweltbundesamt (Leiterin des Kompetenzzentrums Klimafolgen und Anpassung)

Frau Mahrenholz erläutert, dass Klimaresilienz bedeute, die Robustheit von Ökosystemen, Wirtschaft, Gesellschaft sowie Siedlungs- und Infrastrukturen gegenüber Klimafolgen zu erhöhen und gleichzeitig die Lernfähigkeit der handelnden Akteure in diesen Systemen sicherzustellen. Sie hält es für wichtig, das Leitbild Klimaresilienz mit anderen Leitbildern wie beispielsweise Nachhaltigkeit zu verschmelzen. Beteiligungsprozesse bringen Engagement hervor und können soziale Netzwerke aktivieren, Beteiligte können (lokales) Wissen, Identitäten und Werte einbringen. Beispiele dieses Engagements, wie etwa eine Hitzekampagne in Stadtteilen Berlins, zeigen kreative und nachhaltige Anpassungsmöglichkeiten auf. Zudem kann Beteiligung helfen, Konflikte zwischen verschiedenen Akteuren zu lösen. Derzeit befinde sich die Gesellschaft auf einem „Hochemissionspfad“ und steuere auf eine Erwärmung um 4°C zu, bei der die Grenzen der Anpassung erreicht werden und transformative Anpassung notwendig wird. Hier können Beteiligungsprojekte visionäre Kraft entfalten und helfen, mehr als nur inkrementelle Klimaanpassungsmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Deshalb müssen Beteiligungsprozesse gut kommuniziert und geplant sein. Frau Mahrenholz sieht als Ziel des Dialogs die Erarbeitung von konkreten Handlungsempfehlungen. Diese sollen zu einer guten Praxis in der Beteiligung beitragen, die wiederum einen wichtigen Beitrag zu einer verbesserten Klimaresilienz in Städten und Regionen leiste.

Einführung in den Dialog

Dr. Esther Hoffmann, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (Moderation)

Frau Dr. Hoffmann verweist auf die Ziele der Veranstaltung: Der Nationale Dialog biete ein Forum zum Austausch, um gemeinsam voneinander zu lernen. Dabei sollen Erfolgsfaktoren und Handlungsempfehlungen für Beteiligungsprozesse ausgetauscht und zusammengetragen werden. Frau Hoffmann stellt das Programm für die nächsten zwei Tage vor und erläutert die Vorgehensweise. Sie stellt dar, dass es bereits viele Erfahrungen mit Beteiligung zur Klimaanpassung gebe und verweist auf die [Karte der Beteiligungsprozesse](#).

Interviewrunde: Warum kann Klimaresilienz nur gemeinsam erreicht werden? – Perspektiven aus Politik und Praxis

Teilnehmende:

Thomas Stratenwerth, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Referatsleiter, Federführung Deutsche Anpassungsstrategie

Dr. Michael Münnich, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Referatsleiter, Grundsatzangelegenheiten der Bürgerbeteiligung

Elisabeth Czorny, Stadt Hannover, Leiterin des Bereichs Umweltschutz und Mitglied der Fachkommission Umwelt des Deutschen Städtetags

Jörg Sommer, Deutsche Umweltstiftung, Vorstandsvorsitzender

Ingo Schwerdorf, Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Abteilungsleiter Wasserwirtschaftliche Planungen

Moderation: **Dr. Esther Hoffmann**, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)

Herr Stratenwerth erläutert, dass der Bund sich als verantwortlich für die Rahmensetzung verstehe und die Deutsche Anpassungsstrategie (DAS) auf Länder- und Kommunalebene unterfüttert werden müsse. Der Bund unternimmt eigene Aktivitäten, indem Stakeholderdialoge organisiert und Vertreter/innen von Organisationen und Institutionen in Regionalkonferenzen zur Klimaanpassung eingebunden werden. Herr Stratenwerth erläutert, dass Beteiligungsprozesse des Bundes zur Klimaanpassung in der Regel zunächst im Behördenkontext beginnen. Daher wurde ein Behördennetzwerk zur Erstellung von Monitoringbericht, Vulnerabilitätsanalyse und Aktionsplan Anpassung (APA) aufgebaut, dessen Expertise diese Prozesse stark beeinflusst hat. Der Fokus des Bundes liege weniger auf der Einbindung von Bürger/innen, sondern auf der Beteiligung von Stakeholdern. Über eine Online-Konsultation zum ersten Fortschrittsbericht der DAS sollte eine breite Beteiligung ermöglicht werden. Da die Beteiligung eher gering war, hat die Online-Konsultation nicht zu den gewünschten Erfolgen geführt. Für die Konsultation zum nächsten Fortschrittsbericht müssten Lehren gezogen werden, beispielsweise, indem der Umfang von zu kommentierendem Material verringert und dieses zeitgerecht bereitgestellt werde.

Jenseits der eigenen Beteiligungsformate unterstützt der Bund die Etablierung von Beteiligungsprozessen in Kommunen, indem Informationen, wie etwa der Fortschrittsbericht, oder Fördermittel bereitgestellt werden. Zudem entwickelt der Bund aktuell eine Plattform, die Klima- und Klimaanpassungsdienste bündeln soll, um mit Informationen, Daten und Werkzeugen die Klimaanpassung in Kommunen und bei anderen Akteuren zu unterstützen.

Herr Münnich betont, dass Bürgerbeteiligung auf kommunaler und Landesebene bereits ein erprobtes Mittel sei. Die Kommunen sind bei der direkten Umsetzung von Beteiligungsprozessen die Hauptakteure. Das Bundesumweltministerium unterstützt hier durch Förderung von Best-

Practice-Beispielen. Auf Bundesebene hingegen hat die Bürgerbeteiligung noch eine Art Modellcharakter. Das BMUB selbst hat in dieser Legislaturperiode mehrere Bürgerbeteiligungsverfahren bei wichtigen bundespolitischen Programmen durchgeführt. Beispielhaft zu nennen sind die Beteiligungen zum Klimaschutzplan 2050, dem Integrierten Umweltprogramm 2030 oder dem Deutschen Ressourceneffizienzprogramm II. Aus den Erfahrungen dieser Beteiligungsprozesse lassen sich laut Herrn Münnich zwei zentrale Lerneffekte weitergeben: Erstens Bürger/innen können neben andern Akteuren wertvolle Impulse für Entscheidungen der Bundesregierung geben. Diese Beteiligung hat im Kern eine „beratende“ Funktion, keine „mitentscheidende“. Die Entscheidung treffen weiterhin diejenigen Personen, die im Rahmen der repräsentativen Demokratie dafür gewählt wurden. Dies müsse von Anfang an allen Akteuren deutlich gemacht werden, um Enttäuschungen und Frustration bei den Teilnehmenden zu reduzieren, aber auch um Befürchtungen aus dem Weg zu räumen, Beteiligung könne die repräsentative Demokratie gefährden. Zweitens sollte transparent gemacht werden, dass die Entscheidungsträger/innen, die Vorschläge und Impulse von Bürger/innen ernst nehmen und dass diese in politische Abwägungen einbezogen werden. Wenn Politik im Gegensatz transparent macht, dass und wie die Bedenken und Vorschläge der Bürger/innen in politischen Entscheidungen berücksichtigt werden, sorgt das für Akzeptanz der Entscheidungsprozesse und stärkt damit das Vertrauen in die repräsentative Demokratie. Stetige Transparenz im Verfahren und im Ergebnis sind Schlüsselfaktoren für eine erfolgreiche Beteiligung.

Darüber hinaus stellt Herr Münnich beispielhaft zwei Herausforderungen bei der Durchführung von Beteiligungsprozessen heraus. Es sei wichtig, auch diejenigen mitzunehmen und zu inkludieren, die in der Regel nicht partizipieren. So sollte vermieden werden, dass sich nur die „üblichen Verdächtigen“ einbringen. Auf Bundesebene versucht die Politik dem mit der Zufallsauswahl entgegen zu wirken. Auch ist die Abstimmung mit anderen Ressorts aufgrund von Rückkopplungsschleifen und unterschiedlichen Zuständigkeiten für Außenstehende oftmals schwer nachvollziehbar und wenig transparent. Hier sollte die Politik gut überlegen, wie diese Prozesse transparenter und verständlicher gemacht werden können, damit auch hier klar wird, dass die Entscheidung am Ende ein Ergebnis eines Meinungsbildungsprozesses ist, der demokratischen Grundsätzen entspricht.

Als Vertreterin des Städtetags kennt [Frau Czorny](#) bereits zahlreiche Kommunen, die Anpassungsstrategien entwickeln und dabei ihre Bürger/innen oder Stakeholder beteiligen. Wichtig sei es, in der eigenen Behörde mit Beteiligung zu beginnen. Es gehe darum die Akzeptanz für Klimaanpassung zu erhöhen, indem Akteure in der Stadt eingebunden werden. Das Projekt „Plan4Change“ in Bochum stelle ein gelungenes Projekt dar, da dort versucht wurde, alle beteiligten Akteure über Workshops und Veranstaltungen in den Prozess miteinzubinden. Zudem konnte durch Interviews und eine gute Dokumentation sichergestellt werden, dass die Beteiligten sich gehört und beteiligt fühlten. Ebenso sieht sie das Projekt „Kiezklima“ in Berlin als gelungenes Beteiligungsbeispiel für Veränderungen im Bestand (s. Workshop 2). Hier beeindruckt Frau Czorny die Aktivierung von Bürger/innen. Eine Umsetzung einer kommunalen Anpassungsstrategie ohne Beteiligung hält Frau Czorny für nicht vertretbar. Für eine Anpassungsstrategie benötigt die Kommune das Engagement der Bürger/innen, die viele Maßnahmen vor Ort, bspw. Fassadenbegrünung oder den Einbau von Rückstauventilen, umsetzen. Die Rolle von

Kommunen sieht sie darin, die Strategieentwicklung und Umsetzungsplanung zu übernehmen. Dabei sei auch die Förderung von aktiven Unterstützer/innen und von Investitionen vor Ort von zentraler Bedeutung.

Auf die Frage nach der Haltung, mit der Initiatoren und Beteiligte an Beteiligungsverfahren herangehen sollen, erläutert [Herr Sommer](#), dass Beteiligung nicht nur als Kommunikations-, sondern als Kulturprozess im Sinne einer gesellschaftlichen Verständigung gesehen werden müsse. Beteiligung habe *vier Dimensionen*. Diese umfassen unter anderem die *Akzeptanz* und *Legitimation* eines Beteiligungsprozesses. Darüber hinaus sei die *Qualität* der Beteiligung wichtig, um ein gutes Ergebnis zu erzielen. Zusätzlich stellt die *Emanzipation* von den eigenen Rollen eine weitere Dimension dar. Denn eine gute Beteiligung kann nur gelingen, wenn alle Beteiligten einschließlich Initiator/innen und Moderation bereit sind, sich von ihren Positionen zu lösen und ihre Partikularinteressen nicht zu stark in den Vordergrund rücken. Auch müsse man im Prozess, so Herr Sommer, sowohl die Beteiligung von Stakeholdern als auch Bürger/innen ermöglichen. Empfehlenswert sei aber getrennte Formate für Stakeholder einerseits und Bürger/innen andererseits durchzuführen, da Augenhöhe in der Argumentation in ein und demselben Verfahren sehr schwierig herzustellen sei. In der Vergangenheit seien Beteiligungsprozesse häufig gescheitert, weil Mischformen entstanden, die von den Beteiligten nicht erkannt worden sind.

Herr Sommer stimmt grundsätzlich der Einschätzung von Herrn Stratenwerth zu, dass die Stakeholderbeteiligung auf Bundesebene im Vordergrund steht. Er verweist aber darauf, dass Bürgerbeteiligung auch an dieser Stelle möglich sei. Hierfür müsse der Bund transparent machen, wie diese Form der Beteiligung konkret in Bundesprozesse einfließt.

[Herr Schwerdorf](#) erklärt, dass die Stadtentwässerungsbetriebe die Kölner Bürger/innen bislang auf ganz unterschiedliche Art und Weise in Aktivitäten im Umgang mit Starkregen- und Hochwasserereignissen eingebunden haben. Verstärkt wurde in seinem Betrieb beispielsweise mit Bürgerinitiativen als Multiplikatoren zusammengearbeitet. In der Bewältigung von Ereignissen seien diese in der Vergangenheit eine große Hilfe gewesen. Das Interesse an Informationsangeboten zur Starkregenvorsorge, z.B. den veröffentlichten Starkregengefahrenkarten, sei hingegen sehr übersichtlich. Eine gute Resonanz würde nur erzeugt, wenn Bürger/innen in den damit verbundenen Maßnahmen einen Vorteil sehen und durch wenig Aufwand einen hohen Schutz erreichen können. Um die Vorsorge gegenüber Starkregen- und Hochwasserereignissen zu verbessern, stehen weitere Informationsaktivitäten im Fokus der Stadtentwässerungsbetriebe Köln.

Herrn Schwerdorfs Erfahrungen zeigen, dass Personen zur Eigenvorsorge motiviert werden können, wenn man einander kennt, ansprechbar ist und gemeinsame Projektziele formuliert. Eine verständliche Sprache, die adressatenorientierte Kommunikation und Informationen enthält, sei dabei besonders wichtig. So können etwa bei Bürgerinitiativen gezielt Vorträge gehalten werden, um das Thema Klimaanpassung auf die Agenda zu setzen. Eine zielgerichtete Präsentation müsse dabei die Vorteile von Anpassungshandeln für die Bürger/innen verständlich formulieren. Was man allerdings nicht versprechen dürfe, sei ein 100-Prozent-Schutz gegenüber Hochwasser- und Starkregenereignissen, weil es diesen nicht geben könne.

Keynotes: Warum und wie beteiligen? – Perspektiven aus der Wissenschaft

Partizipative Verfahren für die gesellschaftliche Transformation

Dr. Carolin Schröder, Technische Universität Berlin, Zentrum Technik und Gesellschaft, Bereichsleiterin Partizipation

In ihrem Vortrag informiert Frau Dr. Schröder über den Stand der Partizipationsforschung im Kontext der gesellschaftlichen Transformation. Grundsätzlich gibt es laut Frau Schröder eine Vielzahl von Beteiligungsmöglichkeiten, die dazu geführt haben, dass das Wissen der Kommunen hinsichtlich informeller und lokaler Offline-Partizipationsprozesse zugenommen hat. Digitale Beteiligungsformate werden noch weniger angewendet und haben bislang zu keinem wesentlichen Anstieg an Beteiligung geführt. Sie können jedoch helfen Distanzen zu überbrücken. Hinsichtlich der bestehenden Off- und Online-Formate betont Frau Schröder, dass hier die Potenziale noch lange nicht ausgeschöpft seien. Bislang gebe es nur wenige systematische Untersuchungen und somit Erkenntnisse zu den Wirkungen von Beteiligungsprozessen. Partizipation sei immer kontextabhängig und komplex. Damit verbunden sei ein Lernprozess für alle beteiligten Akteure. Laut Frau Schröder bedürfe es zukünftig vermehrt ergebnisoffener und transparenter Prozesse sowie verlässlicher Rahmenbedingungen. Auch wünschen sich Bürger/innen zunehmend Beteiligungsverfahren mit Interaktionsformen; Beteiligung solle nicht nur dazu dienen, seitens Politik und Verwaltung zu informieren oder Akzeptanz zu schaffen. Vielmehr können mit Beteiligung unterschiedliche Ziele verfolgt werden, die sich in folgenden vier Demokratiekonzepten wiederfinden:

- dem neoliberalen, in dem repräsentative Entscheidungen angestrebt werden,
- dem funktionalistischen, um den Rat von Expert/innen einzuholen,
- dem deliberativen, um im Dialog insbesondere zu lernen und
- dem emanzipatorischen, um spezifische Gruppen zu befähigen.

Besondere Herausforderungen bei Beteiligungsprozessen zur Klimaanpassung (aber auch im Kontext anderer Nachhaltigkeitsthemen) seien der hohe Abstraktionsgrad der Begriffe und Inhalte, die Unwägbarkeiten durch die langfristige Perspektive und die Verknüpfung verschiedener Ebenen, Sektoren und Ressorts. Wichtig für Klimaanpassung sei, so Frau Schröder, die Verständigung auf zukünftige Ziele und deren Einbindung in zukünftiges Anpassungshandeln. Hierfür bieten sich, insbesondere zur Einbindung der Zivilgesellschaft und von Bürger/innen, vermehrt deliberative und emanzipatorische Ansätze an. Grundsätzlich setze gute Partizipation an der Lebenswelt der Zielgruppen, z.B. deren Erfahrungen mit Wasser und Grün, an und definiere Akteursstruktur, Entscheidungsspielraum sowie andere Rahmenbedingungen. Abschließend betont Frau Schröder, dass Glaubwürdigkeit und Vertrauen in Beteiligungsprozesse nur durch Transparenz gewonnen werden könne.

Beteiligungsprozesse zur Klimaanpassung in Deutschland

– Wo stehen wir?

Dr. Torsten Grothmann, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und e-fect

Herr Dr. Grothmann stellt die Ergebnisse seiner im Auftrag des Umweltbundesamtes erstellten, noch unveröffentlichten Studie zu Beteiligungsprozessen zur Klimaanpassung in Deutschland vor. Hierfür hat er 22 Beteiligungsprozesse hinsichtlich ihrer Beteiligungsziele, der Beteiligten, der Methoden sowie des jeweiligen Motivationspotenzials detailliert ausgewertet. Hierbei bezieht er sich unter anderem auf die bereits von Frau Schröder vorgestellten vier Demokratiekonzepte. In 21 der 22 Beteiligungsprozesse wurde eine Wissensintegration für möglichst fundierte Anpassungslösungen angestrebt („funktionalistisch“). In 15 Fällen dienten die Prozesse auch einer fairen und repräsentativen Abbildung von Interessen und Präferenzen („neoliberal“), wobei dieses Ziel meist nachrangig zu dem Ziel der Wissensintegration verfolgt wurde. Nur wenige Prozesse zielten auch darauf, Interessen und Präferenzen zu verändern („deliberativ“) oder Akteure, die mit wenig Ressourcen ausgestattet sind, zu befähigen, ihre Interessen effektiv zu vertreten („emanzipatorisch“).

Ein weiteres Ergebnis der Studie ist, dass am häufigsten Akteure aus staatlichen Verwaltungen und der Wissenschaft an den Prozessen beteiligt sind. Weniger gut repräsentiert sind politische Entscheidungsträger, Kommunen (v. a. kleinere Kommunen), die Wirtschaft (v. a. kleinere Unternehmen), zivilgesellschaftliche Organisationen sowie die Bevölkerung (v. a. Menschen aus unteren Einkommens- und Bildungsschichten, mit Migrationshintergrund sowie jüngere Personen und Frauen). Viele dieser bisher wenig repräsentierten Akteure können, so Herr Grothmann, eher durch aufsuchende Formate erreicht werden. Um Akteure zur Teilnahme zu bewegen benennt er bewährte Erfolgsfaktoren wie zum Beispiel das Andocken an laufende Prozesse oder die Einbindung bekannter Personen.

Außerdem geht Herr Grothmann auf die Nutzung verschiedener Beteiligungsmethoden ein. Aktuell werden in den Prozessen eher klassische Formate und wenig Neues angewendet. Auch stehen eher Beteiligungsprozesse zur Risikominderung von Klimafolgen und weniger zur Visionsentwicklung für klimaresiliente Städte und Regionen im Fokus. Letztere seien jedoch für die Gewinnung einiger bisher wenig repräsentierter Akteursgruppen (z.B. zivilgesellschaftliche Akteure) vermehrt relevant. Ein grundsätzliches Problem der untersuchten Prozesse sei, dass es sich oftmals um einmalige Beteiligungsveranstaltungen handelt. Diese sehen in der Regel keine Verstetigung der Beteiligung vor. Ein Beispiel wie längerfristige Beteiligung organisiert werden kann bietet das Projekt „Kommunen befähigen“ mit seinem Fokus auf kleine Kommunen.

Herr Grothmann schließt mit Überlegungen, inwieweit Beteiligungsprozesse in der Praxis die beteiligten Akteursgruppen zu eigenen Anpassungsaktivitäten motivieren könnten. Hierfür sollten die Motivationseffekte systematisch evaluiert werden, um von den Erfahrungen vergangener Prozesse lernen zu können.

Workshops: Wie gelingt Beteiligung? – Herausforderungen, Erfolgsfaktoren, Handlungsempfehlungen

Die Workshops des Nationalen Dialogs behandeln unterschiedliche Zielsetzungen, die mit Beteiligung in Städten und Regionen verbunden sein können: gemeinsam Anpassungsstrategien entwickeln, Bürgerinnen und Bürger aktivieren, Initiativen stärken und einbinden sowie Konflikte vermeiden und lösen. Hierzu stellen Praktikerinnen und Praktiker aus der Klimaanpassung in jedem Workshop zwei Beispiele vor. In der anschließenden Diskussion können die Workshopteilnehmenden ihre eigenen Erfahrungen einbringen und sich austauschen. Mit Blick auf die jeweilige Zielsetzung arbeiten die Teilnehmenden heraus, welche Herausforderungen bei der Beteiligung bestehen und was getan werden kann, um erfolgreiche Beteiligungsprozesse für klimaresiliente und nachhaltige Städte und Regionen anzustoßen.

Im Folgenden werden jeweils pro Workshop die vorgestellten Praxisbeispiele kurz zusammengefasst und die erarbeiteten Herausforderungen, Erfolgsfaktoren und Handlungsempfehlungen per Foto (Abbildungen 1 bis 8) dokumentiert. Zu den Praxisbeispielen finden sich Vortragsfolien und Steckbriefe unter:

<https://www.umweltbundesamt.de/service/termine/nationaler-dialog-gemeinsam-sind-wir-klimaresilient>

Anschließend werden die gewonnenen Erfolgsfaktoren und Handlungsempfehlungen in zwei Übersichten gebündelt dargestellt.

Workshop 1: Anpassungsstrategien entwickeln und abstimmen

Viele Städte, Regionen oder Bundesländer beteiligen ihre Verwaltungen, die Bürgerinnen und Bürger oder die organisierte Zivilgesellschaft und die Wirtschaft bei der Entwicklung und Abstimmung von Anpassungsstrategien oder -maßnahmen.

Moderation: [Sebastian Ebert](#), Umweltbundesamt, Fachgebiet KomPass
[Dr. Esther Hoffmann](#), Institut für ökologische Wirtschaftsforschung

Kommunale Bürgerumfrage zum Klimawandel in Leipzig

[Christiane Kawe](#), Stadt Leipzig

Frau Kawe informiert über den Ablauf, die Ergebnisse und Erfahrungen einer kommunalen Bürgerbefragung zum Klimawandel in Leipzig. Dort werden seit 1991 jährlich Bürgerumfragen zu verschiedenen Themenkomplexen erfolgreich schriftlich durchgeführt. Die Befragung zum Klimawandel wurde in drei Untersuchungsgebieten im Sommer 2014 realisiert und hatte als Ziel möglichst alle Aspekte des Klimawandels anzusprechen. Nach dem Erstversandt der Fragebögen

erfolgt ein Zweitversandt an die, die nicht geantwortet haben. Dadurch wurde eine hohe Rücklaufquote von über 50 % erreicht. Der Fragebogen umfasste insgesamt 46 Fragen zu den Themen: Klimatische Aspekte von Wohnung, Umfeld, Mobilität; Hitzeempfinden an verschiedenen Orten (Quartier, Wohnung, Verkehrsmittel); Gesundheitliche Auswirkungen von Hitzebelastung; Verhalten bei Hitze; Sozialkontakte; Gesundheit und Allergien; Invasive Arten; Betroffenheit durch Extremwetterereignisse; Wissen und Meinungen zum Klimawandel; Informationsquellen zum Klimawandel; Anpassungsmaßnahmen; Verhaltensänderungen. Als Herausforderungen bei der Erstellung des Fragebogens nennt Frau Kawe u.a. das Leipzig als erste Kommune umfassend eine Befragung zum Klimawandel durchgeführt hat und daher keine Orientierung an anderen bereits erfolgten Bürgerumfragen, die verständliche Formulierung der Fragen sowie datenschutzrechtliche Aspekte bei Gesundheitsfragen hatte. Die Ergebnisse wurden statistisch ausgewertet. Die Ergebnisse gaben umfangreiche Informationen u.a. zu den Kenntnissen der Auswirkungen des Klimawandels, der Betroffenheiten und Anpassungswünschen der Bürgerschaft wieder. Diese sind in der Anpassungsstrategie der Stadt Leipzig aufgenommen. Frau Kawe zieht das Fazit, dass sich Bürgerumfragen sehr gut eignen, um repräsentative Ergebnisse zu gesellschaftlich relevanten Herausforderungen zu erhalten. Der Vorteil zu anderen Beteiligungsverfahren ist, dass eine Stichprobe aus dem Einwohnermelderegister „gezogen“ werden kann und somit alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von Geschlecht, Alter, Einkommen, Bildungsstand oder Herkunft, die gleiche Wahrscheinlichkeit haben, ausgewählt zu werden. Der Fragebogen kann sowohl örtlich als auch zeitlich nach eigenen Vorstellungen beantwortet werden (Papier oder Online). Die Beantwortung und Auswertung der Antworten erfolgt pseudonym, so dass auch Bürgerinnen und Bürger „zum Zuge“ kommen, die sich sonst vielleicht nicht trauen ihre Meinung kund zu tun. Anpassungsgewichtungen können im Nachgang Unterschiede in Rücklaufquoten nach Alter, Geschlecht und Bildung ausgleichen. Hinsichtlich dieser Merkmale können die Ergebnisse somit als repräsentativ gelten.

Begleitprozess zum Klimaschutzplan des Landes Nordrhein-Westfalen

Sara Wild, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Frau Wild informiert über den Ablauf und die Erfahrungen aus dem Beteiligungsprozess zum Klimaschutzplan NRW, der auch Klimaanpassung einschließt. Ziel des Prozesses war es, für Akteurinnen und Akteure (Kommunen, Unternehmen, Verbände, Bürger/innen, etc.) die Teilhabe und Mitgestaltungsmöglichkeit bei der Erstellung des Klimaschutzplans zu gewährleisten und damit deren Akzeptanz für den Plan und deren Bereitschaft, dessen Umsetzung zu unterstützen, zu fördern. Zugleich war neben der Einbindung von Expert/innenwissen aus der breiten Öffentlichkeit auch die Schaffung neuer Kooperationsformen und -gremien ein gewünschter Effekt. Das umfangreiche Beteiligungsverfahren (für die Bereiche Klimaschutz und Klimaanpassung) bezog ca. 2.000 Personen unterschiedlicher Interessengruppen mit ein, die durch verschiedene Formate adressiert wurden. Der Prozess war in mehrere Phasen gegliedert und dauerte insgesamt ca. drei Jahre. Das Verfahren wurde durch eine professionelle Kommunikationsagentur und ein wissenschaftliches Institut unterstützt. Aus dem Prozess gingen für den Themenbereich Anpassung 106 Maßnahmenvorschläge hervor, wovon 66 Maßnahmen für den Klimaschutzplan



(Teil Anpassung) abgeleitet wurden. Als Herausforderungen des breiten Beteiligungsverfahrens nennt Frau Wild u.a. den hohen Personal- und Zeitaufwand sowie die Transparenz des Verfahrens, die nur durch eine stetige Kommunikation nach innen (Landesregierung) und außen (Beteiligte) erreicht werden kann. Erfolgsfaktoren des Prozesses waren die professionelle Unterstützung und eine gute Vor- und Nachbereitung der einzelnen Beteiligungsformate. Als Empfehlung für ähnliche Prozesse gibt Frau Wild eine zielgruppenspezifische Ausrichtung der Formate sowie die Einrichtung fachübergreifender Gremien an.



Abbildung 1: Workshop 1 – Herausforderungen und Erfolgsfaktoren

Handlungsempfehlungen

WS
1

Was?	Wer?
▶ Extremereignisse als Gelegenheitsfenster für Sensibilisierung + Beteiligung nutzen	Verwaltung (Bund, Länder, Kommunen)
▶ Mainstreaming + Anknüpfen an vorhandene Strukturen / Prozesse sinnvoll, wenn Koordination sicher gestellt ist	Verwaltung (Bund, Länder, Kommunen) Unternehmen
▶ Finanzausstattung der Kommunen für Selbstverwaltung und Regelaufgaben konsolidieren	Politik + Verwaltung (Bund, Länder, Kommunen)
▶ Förderprogramme öffnen für - langfristige Prozesse - klimaresilienz als Ziel - interdisziplinäre + beteiligungsorientierte Maßnahmenentwicklung + Umsetzung	Verwaltung (Bund, Länder)
▶ Methodenkompetenz für informelle Beteiligung ausbauen	Verwaltung (Kommunen) Berater/innen

Wann macht Risikominderung und wann Visionenentwicklung als Ansatz Sinn? Betroffenheit oder Lebensqualität adressieren?

Brauchen wir Qualitätskriterien oder Mindeststandards für Beteiligung?

Abbildung 2: Workshop 1 – Handlungsempfehlungen

Workshop 2: Bürgerinnen und Bürger aktivieren

Kommunale und regionale Akteure wollen durch Information und Beteiligung die Bevölkerung vor Ort sensibilisieren. So sollen Betroffene und sonstige Akteure unterstützt werden, sich an häufigere und intensivere Extremwetterereignisse wie Hitze und Starkregen sowie schleichende Klimaänderungen wie zunehmende Trockenheit anzupassen.

Moderation: [Kirsten Sander](#), Umweltbundesamt, Fachgebiet KomPass
[Ria Müller](#), Institut für ökologische Wirtschaftsforschung

Stark im Regen – Rietberger sorgen vor

[Birgit Frerig-Liekhues](#), Stadt Rietberg

Birgit Frerig-Liekhues präsentiert das Projekt „Stark im Regen – Rietberger sorgen vor!“, welches in der Stadt Rietberg im Kreis Gütersloh von März 2016 bis Dezember 2017 realisiert und durch den Bund gefördert wird. Da die Prognosen zum Klimawandel vor einer Zunahme lokaler Starkregenereignisse und damit einhergehenden Hochwassern und Überschwemmungen warnen, wird ein Entwicklungs- und Schutzplan (ESP) erstellt, um als Vorsorge mögliche Schäden durch Überschwemmungen zu begrenzen bzw. zu vermeiden. Die individuelle Kartenanwendung (INKA) „Wo war Wasser“ ist direkt an die Bürgerinnen und Bürger gerichtet und wurde von diesen insgesamt gut aufgenommen. Die Stakeholderveranstaltung „Zukunftsreise ins Jahr 2030 in drei Etappen“ widmete sich den Fragen, welche Projekte und Maßnahmen umgesetzt wurden und wer dazu beigetragen hat. Stakeholder sind dabei alle Bürgerinnen und Bürger, da jeder von Hochwasser betroffen sein kann. Eine geplante Handwerkerschulung ist aufgrund fehlender Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgefallen. Der Schul- und Filmbaustein des Projekts beschäftigt sich mit den Fragen „Was ist Starkregen?“, „Was passiert bei Starkregen?“ und „Wie kann man sich schützen?“ und wird im weiteren Projektverlauf abgeschlossen. Daneben sind eine abschließende Prüfung der Simulation der Starkregenereignisse sowie eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit geplant.

KlimaWohL Hannover

[Andreas Kramer](#), Gundlach, Bau- und Immobilien

Andreas Kramer stellt das Projekt „KlimaWohL“ vor, welches ein klimaangepasstes, nachhaltiges Wohnen und Leben in dem neu entstehenden Quartier „Hilligenwöhren“ in Hannover-Bothfeld zum Ziel hat. Die Klimaanpassungsstrategie der Stadt Hannover soll dabei systematisch erprobt sowie ein übertragbares „Hannover-Modell“ erarbeitet werden, das beispielhaft für weitere Projekte im Bereich des klimaresilienten Wohnungsneubaus ist. Das Projekt beinhaltet die folgenden acht Aktionsfelder: Hochwasserschutz, Regenwassermanagement, vorsorgender Boden- und Grundwasserschutz, Dachbegrünung, klimaangepasste Vegetation, klimaangepasste(s) Stadtplanung und Bauen, Fachkarte Klimaanpassung und Öffentlichkeitsarbeit. Ein wichtiger Faktor für



die Klimaanpassung ist die Verantwortungsübernahme, welche durch die vier Säulen der Nachhaltigkeit ökonomisch, ökologisch, sozial und kulturell umgesetzt werden soll. Das Modellkonzept KlimaWohL beinhaltet Handlungsfelder (Projektthemen, Prozessgestaltung), Akteurs- und Zielgruppen (Betroffene, Stakeholder, Öffentlichkeit) sowie akteursbezogene Schlüsselfaktoren bzw. Leitprinzipien (Vernetzung, Sensibilisierung/Bewusstseinsbildung, Information/Kommunikation, Beteiligung/Kooperation, Befähigung/Kompetenzentwicklung); zudem den Bereich Public-Private-Partnership Klimaanpassung, der u.a. die Kommune, Unternehmen und Wohnungswirtschaft enthält. Das Projekt „KlimaWohL“ soll mit Hilfe eines Bürgerdialogs, Social Media und Workshops neben Expertinnen und Experten insbesondere auch potenzielle Anwohnerinnen und Anwohner und deren Meinung miteinbeziehen.

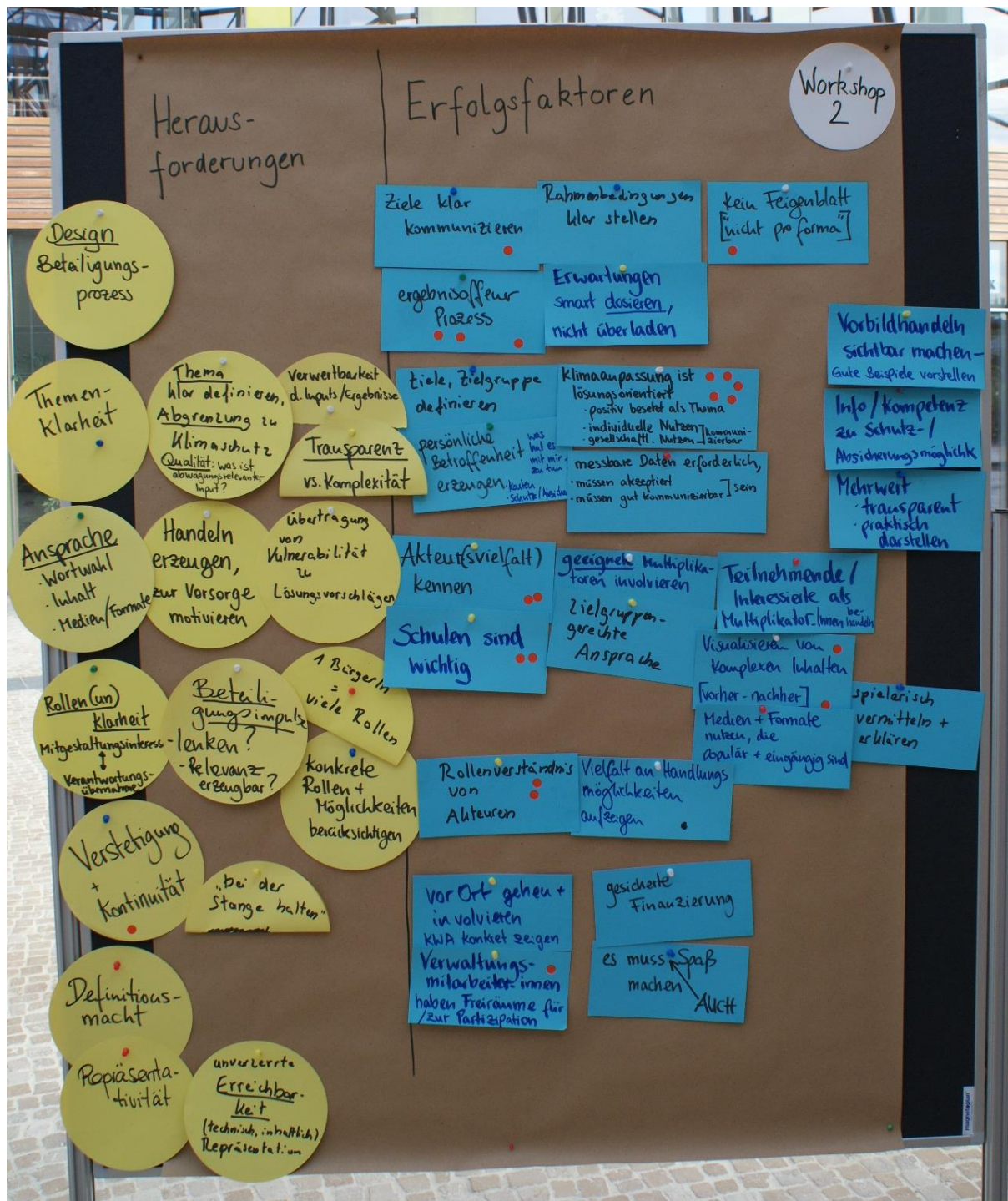


Abbildung 3: Workshop 2 – Herausforderungen und Erfolgsfaktoren



Abbildung 4: Workshop 2 – Handlungsempfehlungen

Workshop 3: Lokale Initiativen und Eigenvorsorge stärken

Beteiligung kann auch dazu dienen, mit lokalen Organisationen zusammenzuarbeiten und gemeinschaftliche Vorsorge bei Dritten anzuregen. Häufig gibt es Initiativen vor Ort, die eigene Anpassungsmaßnahmen entwickeln.

Moderation: [Andreas Vetter](#), Umweltbundesamt, Fachgebiet KomPass
[Johannes Rupp](#), Institut für ökologische Wirtschaftsforschung

Kooperationsbörse Elbe-Elster

[Daniel Willeke](#), Stadt Uebigau-Wahrenbrück

Herr Willeke stellt die Ideen- und Kooperationsbörse zur Klimafolgenanpassung der Region Elbe-Elster vor. Diese fand im März 2017 statt. Das Beteiligungsformat hat das Ziel, gemeinsam Projektideen zu regionalen Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel (u. a. Hochwasser, Hitze) zu entwickeln und zu planen. Zudem soll ein Wissenstransfer zwischen kommunalen Entscheider/innen, Unternehmen, Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und Bürger/innen geschaffen werden. Projektideen konnten vor und während der Veranstaltung und können zukünftig auf einer Internetplattform eingestellt werden. Die Beteiligung der Akteure erfolgte unter anderem durch eine frühzeitige Einbindung der Presse-/Öffentlichkeitsarbeit, einer direkten Ansprache verschiedener Zielgruppen sowie durch gemeinsame Vorbereitungstreffen. Das Ergebnis des Partizipationsprozesses sind 20 Projekte, die vorerst bis März 2018 begleitet werden. Im Anschluss daran soll eine Verstetigung erfolgen. Zu den zentralen Herausforderungen zählen laut Herrn Willeke die Mobilisierung von Unterstützer/innen und Teilnehmenden für diesen Prozess sowie die Bewusstseinsbildung bei Bürger/innen. Des Weiteren sei die Klimafolgenanpassung ein „Spezialthema“ in ländlichen Gebieten. Seiner Meinung nach sind für die Durchführung von Ideen- und Kooperationsbörsen eine Reihe von Erfolgsfaktoren, wie beispielsweise die direkte Ansprache von zu beteiligenden Akteure, inklusive der Umsetzung von Nachfassaktionen, entscheidend.

Kiezklima, Berlin

[Susanne Walz](#), L.I.S.T. Stadtentwicklungsgesellschaft, Geschäftsführerin

Frau Walz stellte das Projekt KiezKlima im Pilotgebiet Brunnenviertel-Brunnenstraße vor. Das Projekt verfolgt das Ziel, gemeinsam mit allen Akteuren und Bewohner/innen im Kiez, Maßnahmen zur Klimaanpassung (insbesondere bezüglich Hitzestress) zu entwickeln und diese umzusetzen, um die Lebensqualität vor Ort zu verbessern. Dabei stellte die Definition der Zielgruppen (Akteure, Betroffene) für den Beteiligungsprozess eine wichtige Voraussetzung dar. Mithilfe verschiedener Formate wie Klimarundgängen, Kooperationen, „Bürgersteiggesprächen“ und Workshops werden im Projekt Akteure und Betroffene aktiv am Prozess beteiligt. Ein weiteres Beispiel für die Beteiligung vor Ort ist die Durchführung und Dokumentation von Klimamessungen durch die Bewohner/innen. Diese bestätigen die Ergebnisse der unabhängig davon erhobenen



Klimamessungen hinsichtlich der Orte, die eine starke Hitzebelastung im Viertel aufweisen. Zudem werden als weitere Resultate des Partizipationsprozesses eine Bepflanzung, die Lösung von Wasser- und Gießproblemen sowie das Aufstellen von Sitzgelegenheiten genannt. Darauf aufbauend stellt Frau Walz neben den Herausforderungen, die Erfolge des Projektes wie den Aufbau des Netzwerkes Hitze Helfer (Trinkpatenschaften), die Stärkung urbaner Garteninitiativen, die Aufstellung eines Trinkbrunnens sowie die gute Kooperation mit Verwaltung und Wohnungsbaugesellschaft dar. Weitere Umsetzungsmaßnahmen sind für 2017/2018 an verschiedenen Standorten im Pilotgebiet geplant.



Abbildung 5: Workshop 3 – Herausforderungen und Erfolgsfaktoren

Handlungsempfehlungen

- Kümmere einsetzen → Sensibilisierung für Klimaanpassung (inkl. Beteiligung)
 - Stellen in der Verwaltung für Kümmere
- (Anschluss)finanzierung zur Verstärkung sicherer (Förderungslogik neu/anders denken)
 - Stellen in der Verwaltung für Kümmere
- Klärung wo liegen Regelaufgaben / bedarf es der Finanzierung
 - z.B. Begrünung / Gesundheitsvorsorge → Koop. Vereinbarungen schließen (zur Verknüpfung & lokalen Initiativen)
- Chancen für lok. Initiativen schaffen
 - Maßnahmen zu dürfen Ergebnisse umsetzen zu dürfen (Experimentierräume)
- Anerkennung von lokalen Initiativen (Auszeichnungen / Kooperationen)
 - Erst genommen zu werden
- Anreizstrukturen schaffen (Förderboni / Entlastungen)
 - Labels vergeben / Wettbewerbe
- Mut machen zu lassen (lokale Initiative)
 - durch kommunale Verwaltung + mehr Zeit sich geben (z.B. 10 Jahre Laufzeiten)
- Kümmere stellen niederschwellig Ressourcen (Räume etc.) bereit +
 - Verwaltung, Wirtschaft, etc. z.B. Betätigungswerkstatt Potsdam (als Schnittstelle) sammeln Bedarfe

Abbildung 6: Workshop 3 – Handlungsempfehlungen

Workshop 4: Konflikte durch Beteiligung lösen

Klimaanpassung und insbesondere der Umgang mit Extremwetterereignissen kann zu Konflikten führen – etwa bei der Flächennutzung, aber auch bei der Frage, wie die Kosten für Anpassungsmaßnahmen oder den Schutz gegen Extremereignisse verteilt werden. Beteiligung kann helfen, unterschiedliche Interessen sichtbar zu machen und mit Konflikten umzugehen oder sie zu lösen.

Moderation: [PD Dr. Achim Daschkeit](#), Umweltbundesamt, Fachgebiet KomPass
[Maria Lindow](#), Institut für ökologische Wirtschaftsforschung

Klimaanpassung Einzugsgebiet Este (KLEE)

[Hans-Hermann Bode](#), Kreisbaurat des Landkreises Stade

Herr Bode informiert über Vorläufer und Vorbedingungen, die zum Projekt geführt haben. In großen Teilen des Einzugsgebiets der Este wurde durch Entwässerung und Deichbau seit dem Mittelalter Landwirtschaft und Siedlungsentwicklung ermöglicht. Der KLEE-Verbund möchte die Klimaresilienz erhöhen, indem Maßnahmen im Vorfeld ergriffen werden, die den Hochwasserschutz in diesem Gebiet erhöhen. Das Projekt KLEE bereitet eine Kombination von Anpassungsmaßnahmen vor und möchte durch eine Beteiligung der betroffenen Akteure die Akzeptanz dieser Maßnahmen fördern. In diesem Rahmen wird eine Machbarkeit sowie Bewertung des wirtschaftlichen und umweltpolitischen Nutzens vorgenommen. Der interdisziplinäre Ansatz soll Synergien aus verschiedenen Bereichen schaffen, um gemeinsam geeignete Anpassungsmaßnahmen zu identifizieren. Die wesentlichen Ergebnisse des abgeschlossenen Projekts sind konkrete Handlungsempfehlungen, die Vernetzung der Akteure, die Erarbeitung einer Strategie für erfolgreiche Klimawandelanpassung sowie die Weiterentwicklung der computergestützten Modelle. Anschließend berichtet Herr Bode über Rückmeldungen der beteiligten Akteure und gibt Hinweise, wie aufkommende Konflikte bearbeitet werden können.

Zukunftsplanung für den Husumer Dockkoog

[Jannes Fröhlich](#), WWF

Herr Fröhlich stellt den Ablauf des abgeschlossenen Beteiligungsprozesses zur Zukunftsplanung „Husumer Dockkoog“ im WWF-Projekt PiKKoWatt (www.wwf.de/watt/pikkowatt) vor. In dem gemeinsamen Planungsprozess von Stadt, Behörden, Wirtschaft, Tourismus und der Bürgerinitiative Dockkoog wurde eine Debatte um die Entwicklung einer Küstenniederung zwischen Deich und der Stadt Husum geführt. Teile der Stadt sind durch einen beschleunigten Meeresspiegelanstieg überflutungsgefährdet. Der Planungsprozess zur Verstärkung des Deiches, Naherholung, Naturentwicklung und touristischer Nutzung wurde von einer Projektgruppe begleitet, die gemeinsame Ziele für das Gebiet erarbeitete und am Ende mehrere Planungsvarianten empfahl. Die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern fand durch die Beteiligung der Bürgerinitiative,

Vorträge in öffentlichen kommunalen Ausschüssen und einer Diskussionsveranstaltung im Rathaus statt. Nach zwölf Projektgruppensitzungen in etwa 1,5 Jahren sind drei Vorzugsvarianten erarbeitet worden, die in einem Projektbericht für alle Interessierten aufgearbeitet und visualisiert vorliegen. Die Projektgruppe berichtete regelmäßig an die Lokalpolitik. In der Kommunalpolitik ist inzwischen mehrheitlich die Entscheidung getroffen worden, die von vielen als sehr innovativ eingeschätzte Planungsvariante „Husumer Hallig“ (Rückverlegung des Deiches und ein Hotel auf einer Warft) nicht weiter zu verfolgen und den Deich auf der bestehenden Linie verstärken zu wollen. Eine gute Einbindung politisch Verantwortlicher in den Planungsprozess sieht Herr Fröhlich daher als wichtig an.

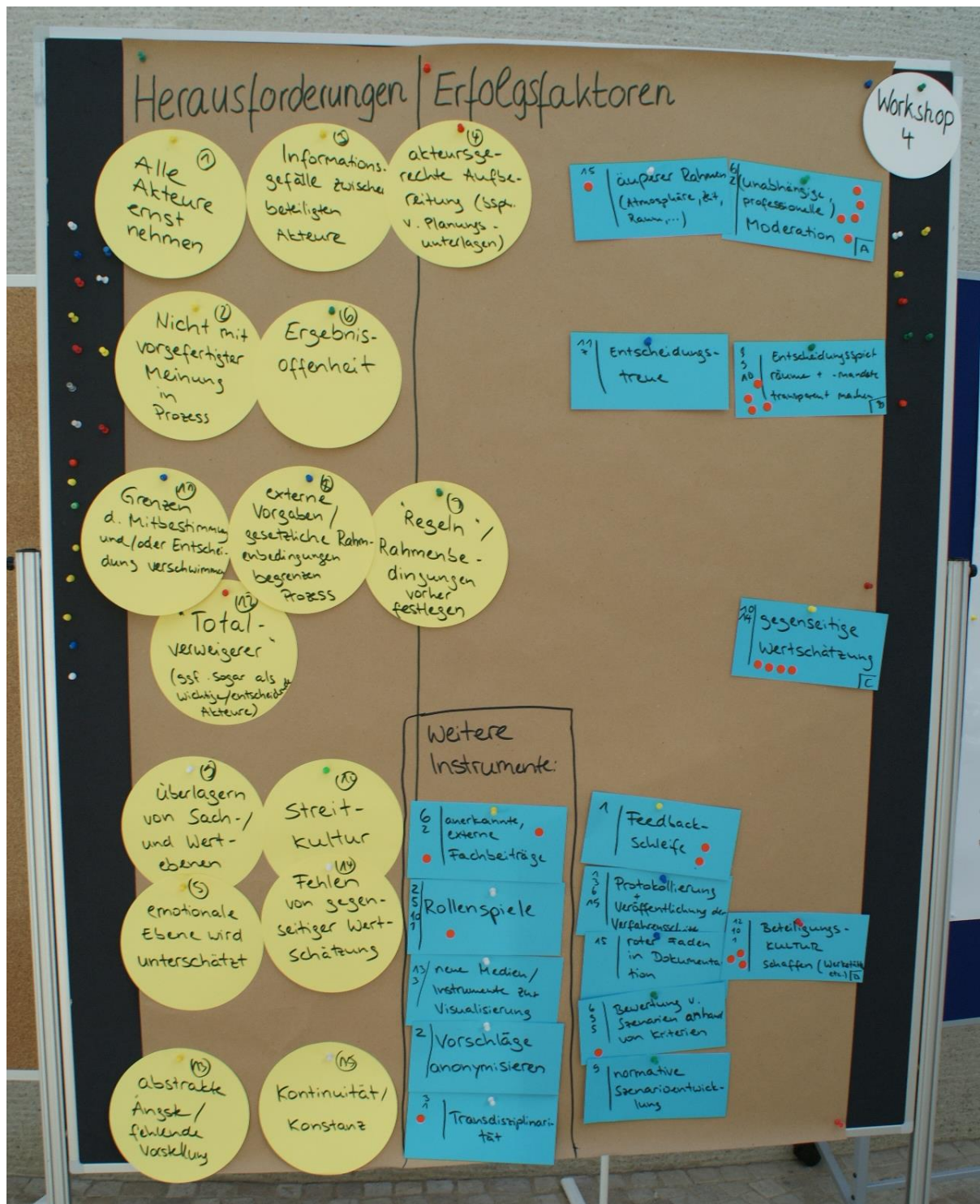


Abbildung 7: Workshop 4 – Herausforderungen und Erfolgsfaktoren

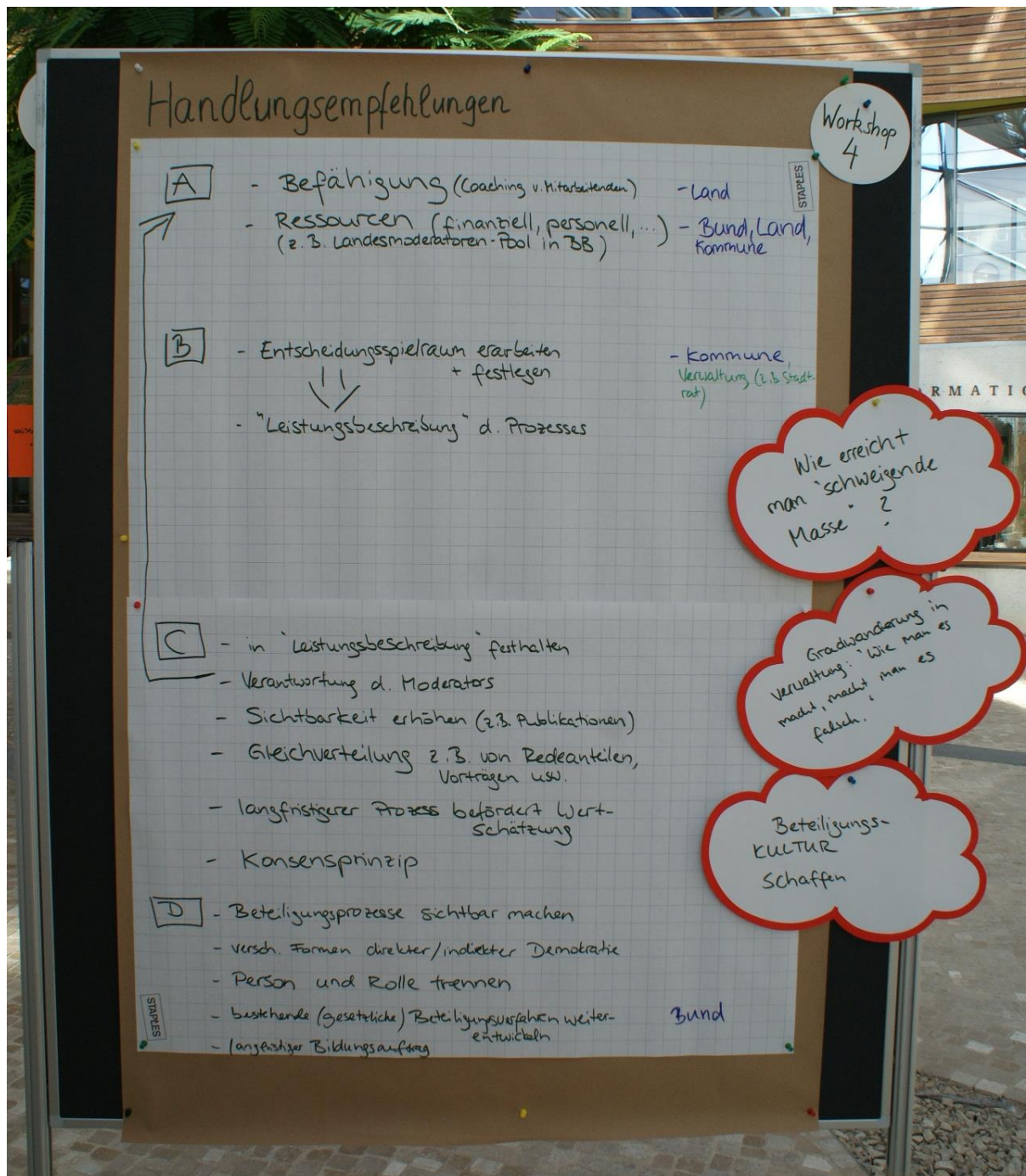


Abbildung 8: Workshop 4 – Handlungsempfehlungen

Zusammenfassung der Erfolgsfaktoren

In Tabelle 1 werden die in den vier Workshops erarbeiteten Erfolgsfaktoren in einer Übersicht gebündelt dargestellt. Dazu erfolgt eine Unterteilung in relevante Erfolgsfaktoren für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Beteiligungsprozesse. Spezifische Erfolgsfaktoren für einzelne Workshops bzw. bestimmte Beteiligungsziele sind zudem *kursiv* dargestellt.

Tabelle 1: Erfolgsfaktoren für Beteiligungsprozesse zur Klimaanpassung

Erfolgsfaktoren	
Vorbereitung	- politischen Willen zur Klimaanpassungsstrategie herstellen (<i>bei Beteiligung zur Strategieentwicklung</i>) - Verantwortlichkeiten festlegen - Ressourcen bereitstellen - Akteursanalyse durchführen und spezifische Angebote für bestimmte Gruppen entwickeln - Rollenverständnis von Akteuren kennen und Mitgestaltungsmöglichkeiten einschätzen und aufzeigen - Teilnahmehürden beachten und über gezielte Ansprache überwinden - an bestehende Prozesse andocken - lokale Besonderheiten und Beteiligungskultur beachten
Durchführung	- Ziele und Entscheidungsspielräume klar kommunizieren und Rahmenbedingungen klarstellen - Mehrwert für Teilnehmende verdeutlichen - offen sein für Anliegen und Perspektiven der Teilnehmenden - Transparenz über Zwischenergebnisse und Prozessverlauf herstellen - Betroffenheit durch den Klimawandel mit Beispielen verdeutlichen - gute Beispiele vorstellen - eigene Handlungsmöglichkeiten aufzeigen (<i>bei Beteiligung zur Aktivierung</i>) - vor Ort gehen und involvieren (Anpassungsbedarfe und -beispiele zeigen) (<i>bei Beteiligung zur Aktivierung</i>) - Verständliche Begriffe nutzen (z. B. Wohnumfeldverbesserung oder Lebensqualität statt Klimaanpassung) - passende Methoden einsetzen (z. B. Rollenspiele, Szenarioentwicklung, Visualisierung, spielerische Ansätze, Online-Plattform) - Multiplikator/innen einbinden - gegenseitige Wertschätzung zeigen - professionelle, neutrale Moderation einsetzen - Klimaanpassung als positives Zukunftsthema und Beteiligung als Innovationsprozess vermitteln
Nachbereitung	- Transparenz über Ergebnisse und Folgeprozess herstellen - Fördertöpfe nutzen, um Maßnahmen umzusetzen - Verantwortliche für Folgeprozesse festlegen - Verantwortung übertragen, z. B. an Stadtteilgruppen, lokale Initiativen (<i>bei Beteiligung zur Stärkung lokaler Initiativen</i>) - Teilnehmende zu Multiplikator/innen machen

Zusammenfassung der Handlungsempfehlungen

Nachfolgend werden die in den vier Workshops erarbeiteten Handlungsempfehlungen gebündelt dargestellt und den adressierten Akteursgruppen zugeordnet.

Tabelle 2: Handlungsempfehlungen für erfolgreiche Beteiligungsprozesse zur Klimaanpassung

Akteursgruppe	Empfehlungen
Bund und Länder	- Förderprogramme öffnen/erweitern für ▪ langfristige Prozesse (Verstetigung) ▪ Klimaresilienz als Ziel ▪ interdisziplinäre und beteiligungsorientierte Maßnahmenentwicklung und -umsetzung - Praxiserfahrungen mit Klimaanpassung und Beteiligung in Weiter-/Ausbildung integrieren
Bund, Länder und Kommunen	- Finanzausstattung der Kommunen für Selbstverwaltung und Regelaufgaben konsolidieren - Extremereignisse als Gelegenheitsfenster für Sensibilisierung und Beteiligung nutzen - vorausschauend und frühzeitig ein Gesamtkonzept für Beteiligung entwickeln und anwenden (inkl. Erfolgsmonitoring)
Bund	- bestehende (gesetzliche) Beteiligungsverfahren weiterentwickeln - Beteiligungsprozesse sichtbar machen - Klimaanpassungsmaßnahmen in Ökokontoregelung aufnehmen
Länder	- Landesmoderatorenpool für Beteiligungsprozesse einrichten, auf den die Kommunen zugreifen können - Anpassungsmaßnahmen über Abwassergebühr finanzieren
Kommunen	- kommunale Beteiligungskultur entwickeln mit einheitlichen Standards für alle Themen (Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Klimaanpassung) - Klimaanpassung messbar machen, standardisieren und zertifizieren („Hochwasserpas“) - beteiligungsbezogene Verfahrensvorgaben in Vergabeverfahren (auf Bebauungsplan-Ebene) einbauen als Vorschrift für Investoren und Bauträger
Kommunen und Unternehmen	- lokale Initiativen einbinden und unterstützen (Räume und Ressourcen stellen) - anknüpfen an vorhandene Strukturen/Prozesse - Methodenkompetenz für informelle Beteiligung ausbauen
Bund, Länder, Kommunen, Unternehmen und Zivilgesellschaft	- Anreizstrukturen schaffen (Förderboni/Entlastungen), Anerkennung für das Engagement geben (z.B. durch Labels, Auszeichnungen über Wettbewerbe) - „Kümmerer“ (z. B. Klimaanpassungsmanager/innen) einsetzen für Klimaanpassung und Beteiligung

Resümee der Workshops: Ausstellung der Ergebnisse und Feedback des Reflexionsteams

Marcus Bloser, IKU_Die Dialoggestalter (Moderation)

In einer Ausstellung wurden die Flipcharts mit den Workshopergebnissen (Abbildungen 1-8) gezeigt. Dabei hatten die Teilnehmenden des Dialogs die Gelegenheit den Moderatorenteams Rückfragen zu stellen.

Anschließend stellt der Moderator Herr Bloser das Konzept des Reflexionsteams vor: Personen mit Erfahrung zu Beteiligung und/oder Klimaanpassung nahmen beobachtend an jeweils einem Workshop teil. Das Feedback des Reflexionsteams soll ein Gespür für den Workshopverlauf jenseits der inhaltlichen Ergebnisse, die in der Ausstellung präsentiert werden, vermitteln. Die Mitglieder des Reflexionsteams sollen ihre Eindrücke und Gedanken zu den Workshops mit den Teilnehmenden teilen und dadurch eine Reflexion über die Workshopergebnisse anregen.

Reflexionsteam:

[Petra Mahrenholz](#), Umweltbundesamt, Leiterin KomPass (Workshop 1)

[Dr. Torsten Grothmann](#), Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und e-fect (Workshop 3)

[Dr. Carolin Schröder](#), Technische Universität Berlin, Zentrum, Technik und Gesellschaft, Bereichsleiterin Partizipation (Workshop 2)

[Jörg Sommer](#), Deutsche Umweltstiftung, Vorstandsvorsitzender (Workshop 4)

Moderation: [Marcus Bloser](#), IKU_Die Dialoggestalter

[Frau Mahrenholz](#) hält rückblickend auf [Workshop 1](#) eine deutlichere Unterscheidung zwischen Beteiligung bei der Strategieentwicklung einerseits sowie bei der Maßnahmenentwicklung und -umsetzung andererseits für wichtig. Während an ersterer vor allem Stakeholder beteiligt werden sollen, können Maßnahmen gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern entwickelt und umgesetzt werden. Frau Mahrenholz fragt, ob Mindeststandards benötigt werden, um Transparenz, Akzeptanz, Qualität und Repräsentativität zu sichern. Um Mindeststandards für Repräsentativität zu sichern, können etwa Netzwerk-, Fach-, Prozess- und Machtpromotoren eingebunden werden. Ein zentrales Qualitätskriterium stellt für sie die Transparenz dar.

[Frau Schröder](#) hat als Schwerpunkte der Diskussionen in [Workshop 2](#) die Themen Rollenunklarheit und Freiräume wahrgenommen. Ersteres bezieht sich auf die Rollen der Teilnehmenden. Die Ziele und Partizipationsmöglichkeiten der Teilnehmenden müssen konsistent definiert werden, um verlässliche Rahmenbedingungen für die Verwaltung und die Teilnehmenden zu schaffen. Freiräume beziehen sich auf die positiven Erfahrungen, wenn personelle und finanzielle Ressourcen vorhanden seien. Diese ermöglichen erst eine wirkungsvolle Durchführung sowie das Schaffen von Handlungsspielräumen zu Beteiligungsverfahren. Frau Schröder sieht die Entwicklung von kommunalen Beteiligungskulturen als zentrales Ziel an, um Orientierung und Standards, bei gleichzeitig notwendiger Flexibilität, zu etablieren.

Herr Grothmann hält aus Workshop 3 fest, dass Klimaanpassung in der Verwaltung oder in lokalen Initiativen einen „Kümmerer“ braucht, um Prozesse anzuschieben und zu verstetigen. Dies solle soweit möglich als Regelaufgabe festgesetzt werden. Er empfahl durch eine aufsuchende Beteiligung den Kontakt zu lokalen Initiativen aufzubauen. Lokale Initiativen bräuchten häufig kein großes Budget, sondern Wertschätzung und kleine Hilfen seitens der Verwaltung wie beispielsweise die freie Nutzung von Räumen der Kommune. Auch sollten lokalen Initiativen teilweise Freiräume gegeben und die Übernahme von Verantwortung eingeräumt werden. Herr Grothmann hält es bei Beteiligungsprozessen für wichtig, den Mut zu haben, vieles auszuprobieren. Da es in diesen Prozessen oft zu unerwarteten Entwicklungen komme und Beteiligungsveranstaltungen nicht in der geplanten Weise verlaufen, empfahl er unter dem Motto „Scheiter heiter“ sich von diesen Erfahrungen nicht entmutigen zu lassen, sondern aus ihnen zu lernen.

Herr Sommer fasst aus Workshop 4 zusammen, dass die Workshopteilnehmenden, die mehrheitlich aus der Verwaltung stammten, in Beteiligungsprozessen viel Frust seitens der beteiligten Bürgerinnen und Bürger erlebt hätten. Kritiker von Maßnahmen würden sich in der Regel sofort beteiligen, Befürworter dagegen weniger bis gar nicht. Um dies aufzubrechen, hält Herr Sommer die Entwicklung einer Beteiligungskultur für wichtig. Als wichtige Aspekte dafür nennt er, dass Bürger/innen nicht nur die Möglichkeit haben sollten, auf agierende Initiatoren zu reagieren. Er empfahl zudem eine Toolbox für Initiator/innen und Moderation zur Deeskalation zu erstellen, die den Umgang mit Konflikten unterstützen könnte.

Fishbowl-Diskussion – Gemeinsam klimaresilient: Welche Akteursbündnisse und Beteiligungsformate sind gefragt?

In der abschließenden Fishbowl-Diskussion konnten die Teilnehmenden ihre Positionen erneut einbringen. Neben einem Kreis an festen Teilnehmenden hatten auf zwei freien Plätzen weitere Personen temporär die Möglichkeit, ihre gewonnenen Erkenntnisse aus der Veranstaltung sowie offene Fragen in die Diskussion einzubringen. Hieraus ergab sich ein intensiver Austausch, der nachfolgend anhand einzelner Schwerpunktthemen dokumentiert ist.

Feste Teilnehmende:

Thomas Stratenwerth, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Referatsleiter, Federführung Deutsche Anpassungsstrategie

Prof. Dr. Heike Walk, Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, Professorin für Transformation Governance

Elisabeth Czorny, Stadt Hannover, Leiterin des Bereichs Umweltschutz und Mitglied der Fachkommission Umwelt des Deutschen Städtetags

Jörg Sommer, Deutsche Umweltstiftung, Vorstandsvorsitzender

Moderation: Marcus Bloser, IKU_Die Dialoggestalter

Aktivitäten des Bundes zu Beteiligung an der Klimaanpassung

Herr Stratenwerth hält zunächst eine Konzentration auf Stakeholderbeteiligung bei Prozessen zur Klimaanpassung auf Bundesebene (wie z. B. bei der Fortschreibung der Deutschen Anpassungsstrategie (DAS) und des Aktionsplans Anpassung (APA)) für adäquater. Eine Einbindung von Bürger/innen sei nur schwierig zu leisten, da die Komplexität des Themas Klimaanpassung und der Abstraktionsgrad häufig ein Problem in der Vermittlung darstellen. Beim Klimaschutzplan wurde eine Bürgerbeteiligung erprobt. Die Weiterverarbeitung des Inputs der Bürger/innen stellte sich im Nachgang allerdings als schwierig heraus. Dies sieht Herr Stratenwerth auch als Herausforderung beim Thema Anpassung: Hier erscheine es schwierig, eine vorab nicht überschaubare potenzielle Anzahl von Bürgerbeiträgen transparent einzuarbeiten, weil DAS und APA ohnehin in einem komplexen verwaltungsinternen Verfahren ressortübergreifend entwickelt und abgestimmt werden. Unter diesen Voraussetzungen wäre es gleichwohl überlegenswert, die Beteiligung von Bürger/innen auf Bundesebene auf ausgewählte konkrete Themen oder Teilaspekte der Klimaanpassung zu konzentrieren, die für Bürger/innen unmittelbar erfahrbar und mitgestaltbar sind.

Von weiteren Teilnehmenden wird auf die Möglichkeit der Online-Partizipation hingewiesen, die die Beteiligung von Bürger/innen, auch auf Bundesebene, ermöglichen könnte. Dies wird von anderen Teilnehmenden allerdings kritisch gesehen, da hier weniger Möglichkeiten für direktes Feedback an die Beteiligten bestehen. Es wird vorgeschlagen, dass die vom Umweltministerium geförderten Klimaschutzmanager/innen in den Kommunen die Bürger/innen für eine bundesweite Bürgerbeteiligung gewinnen und aktivieren könnten.

Gleichzeitig wird in der Diskussion die Unterscheidung zwischen Stakeholdern und Bürger/innen kritisch bewertet. Insbesondere auf der kommunalen Ebene liegt in vielen Fällen eine Überschneidung der Stakeholder-Rolle und der Privatperson vor. Dagegen wird argumentiert, dass eine Bürgerbeteiligung, an der lediglich Stakeholder teilnehmen, eine Farce sei. Sofern Stakeholder ihre Funktion wahrnehmen, würden sie ihre spezifischen Interessen professionell vertreten. Bürger/innen könnten eine solche Professionalisierung in der gegebenen Zeit regelmäßig nicht erreichen. Deswegen solle man klarer zwischen den beiden Akteursgruppen unterscheiden und deutlich benennen, welche Gruppen in einem Beteiligungsprozess eingebunden werden sollen. Dazu solle auch im Nachhinein Transparenz hergestellt werden, das heißt, ob Bürger/innen und/oder Stakeholder im Prozess beteiligt waren.

Unterstützung des Bundes für Beteiligung auf kommunaler Ebene

Herr Stratenwerth führt auch aus, dass der Bund insbesondere Wissensgrundlagen und Informationen weiterhin bereitstellen und vermitteln wolle, mit dem Ziel für die Folgen des Klimawandels zu sensibilisieren und Anpassungsoptionen aufzuzeigen. Dies soll Initiator/innen von Beteiligungsprozessen befähigen, ihre eingeleiteten Prozesse erfolgreich zu gestalten. Diese Informationsangebote (wie z. B. der Klimatse oder die Tatenbank) können ausgebaut werden, beispielsweise über die Bereitstellung von weiteren Hilfestellungen. Als Beispiele werden Informationen zur Gestaltung von Musterverträgen zwischen Initiator/innen und Beteiligten sowie zu zentralen Kriterien bei der Planung und Umsetzung von Beteiligungsprozessen genannt.

Frau Czorny schlägt vor, dass Bund und Länder einen Moderatorenpool bereitstellen könnten. Darin finden Kommunen ausgebildete Moderator/innen, die kommunale oder regionale Beteiligungsprozesse professionell unterstützen. Ein solches Konzept gibt es etwa bereits in Brandenburg. Die Erfahrungen dort seien sehr positiv, da dieses Angebot eine zeit- und praxisnahe Unterstützung für Kommunen darstellt. Herr Sommer schlägt zudem vor, dass der Bund einen Servicepool zur Unterstützung von Beteiligungsprojekten einrichtet. Dieser könnte gelungene Partizipationsprozesse zur Klimaresilienz dokumentieren und zudem Unterstützung und Beratung insbesondere in der Konzeption von Maßnahmen anbieten. Ebenfalls könnten finanzielle und personelle Ressourcen zur Unterstützung von kommunalen Beteiligungsprozessen bereitgestellt werden. Herr Stratenwerth stellt heraus, dass für die Sammlung von Gute-Praxis-Beispielen zu Beteiligungsprozessen zur Klimaanpassung gegenwärtig entsprechende Kriterien fehlen. Laut Herrn Sommer gibt es bereits umfangreiche Vorstellungen zu allgemeinen Kriterien für gute Beteiligung. Er schlägt vor, hierzu einen Expertenworkshop durchzuführen, um einen Konsens über die zentralen Kriterien guter Beteiligungspraxis zu entwickeln, die auch der Klimaresilienz dienen könnten. Auf dieser Basis können dann gute Beispiele ausgewählt und als Vorbilder verbreitet werden.

Mit Blick auf die Förderangebote des Bundes verweist Herr Stratenwerth darauf, dass das Förderprogramm zur DAS derzeit evaluiert und anschließend weiterentwickelt werden soll. Förderung werde auch weiterhin nicht flächendeckend möglich sein, sondern sich auf „Leuchtturmvorhaben“ beschränken. Die Teilnehmenden regen an, dass der Fördermittelzugang möglichst niedrigschwellig sein solle. Die Kommunen brauchen vom Bund eine deutlich stärkere Unterstützung, insbesondere auch für eine Verstetigung von Prozessen. Damit haben die Kommunen es einfacher, eine Beteiligungskultur zu etablieren. Für die Umsetzung von Maßnahmen verweist Herr Stratenwerth auf die Städtebauförderung, die investive Maßnahmen unterstützen kann. Herr Sommer merkt kritisch an, dass die Förderbedingungen aktuell zu starr seien: Wenn bei Antragstellung schon genau definiert sein müsse, welche Beteiligungsformate eingesetzt werden sollen, bleibt wenig Spielraum für innovative Prozesse oder dafür, Prozesse gemeinsam mit Bürger/innen zu gestalten oder Formate gemeinsam zu entwickeln. Er plädiert daher für eine flexible Förderpolitik und die Verzahnung von Förderinstrumenten. Damit können Experimentierräume für Partizipation ermöglicht werden. Auch sollen im Anschluss die Umsetzung der Beteiligungsergebnisse finanziell unterstützt werden. Dazu wird der Wunsch nach geförderten Stellen für kommunale Klimaanpassungsmanager/innen geäußert, die sich über einen langen Zeitraum dem Thema widmen können. Hierfür wäre eine Finanzierung durch den Bund über fünf Jahre hilfreich.

Herausforderungen für Kommunen

In der Diskussion stellte Frau Czorny fest, dass der von wissenschaftlicher Seite artikulierte Anspruch an Demokratieverständnis und Partizipation zur Klimaanpassung sehr hoch sein. In den Kommunen fehlen oftmals finanzielle und vor allem personelle Ressourcen, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Bei knappen Mitteln werde z.B. in Hannover die Priorität eher auf die Umsetzung von konkreten Maßnahmen zur Erhöhung der Klimaresilienz gesetzt als auf breite

Beteiligungsprozesse. Sie hält es gleichzeitig für wichtig, dass sich Kommunen der Beteiligung nicht verschließen und verschiedene Formate ausprobieren und gegebenenfalls auch Frustration seitens der Beteiligten aushalten, wenn von der Kommune im Anschluss weniger umgesetzt werden kann, als sich die Beteiligten gewünscht hätten. Wichtig sei für die Kommunen sich Partner in der Stadtgesellschaft zu suchen, um mit diesen in Kombination mit Beteiligungsformaten gemeinsam Klimaanpassungsmaßnahmen umzusetzen. Herr Bloser weist darauf hin, dass nicht bei allen Themen der Klimaanpassung Beteiligung stattfinden müsse. Vielmehr müssten Kommunen definieren, welche Projekte und Prozesse so bedeutsam seien, dass sie eine breite Beteiligung brauchen. Eine Teilnehmende äußert, dass fehlende Ressourcen Beteiligung nicht einschränken sollen. Denn diese kann auch sehr kostengünstig gestaltet werden. Zudem solle bei Beteiligungsprozessen stets zwischen der Beteiligung an der Strategieentwicklung und der Beteiligung an der Umsetzung unterschieden werden. Dazu betont Frau Prof. Dr. Walk, dass die Maßnahmenumsetzung stets unter Beteiligung der Bürger/innen erfolgen solle. Als Mindestanforderung für Beteiligungsprozesse formuliert sie eine frühzeitige Beteiligung am Prozess, Transparenz, Einräumen von Gestaltungsspielräumen für die Beteiligten und Anbindung an den politischen Prozess. Wenn diese Mindestkriterien erfüllt seien, können passende Beteiligungsformate oder -methoden gesucht werden.

Die Teilnehmenden regen insgesamt an, dass der Austausch zwischen Kommunen gestärkt werden solle, um ein gegenseitiges Lernen zu Klimaresilienz und zu Beteiligung zu fördern. Frau Czorny weist daraufhin, dass dieser Austausch bereits im Deutschen Städtetag erfolgt. Auch gibt es bereits über den Städtetag einen Leitfaden zur Umsetzung von Anpassungsstrategien. Zudem biete das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) Möglichkeiten zum Austausch und zur Vernetzung, beispielsweise zum Thema Starkregen, an. Zudem betont sie, dass die Notwendigkeit zum Handeln für eine klimawandelangepasste Stadtentwicklung von den Verwaltungen ohnehin immer stärker gesehen wird. Frau Czorny sieht diesbezüglich auch einen Bedarf zur interdisziplinären Bearbeitung des Themas und regt an, dass in den Kommunen entsprechende ressortübergreifende Projektstrukturen geschaffen werden müssten. Damit würde ermöglicht, dass Herausforderungen wie Klimawandel und Nachhaltigkeit integriert und beteiligungsorientiert angegangen werden.

Beteiligungskultur

In der Diskussion wird auch hervorgehoben, dass für Beteiligungsprozesse eine offene Haltung von Verwaltung und Zivilgesellschaft grundlegend sei. Frau Walk erläutert, dass Beteiligung in Verwaltungen häufig als Macht- und Kontrollverlust verstanden wird. Die Verwaltung solle sich allerdings eher als Moderatorin sehen und mit der Beteiligung neue Wege gehen. Die Zivilgesellschaft zu ermächtigen sei bei entsprechender Betroffenheit (z. B. Schutz vor Hochwasser nach Starkregenereignissen) in der Regel auch zielführend. Nach ihrer Einschätzung können soziale Netzwerke, Vereine oder Nachbarschaftsverbände geeignete Zugänge bieten, um mehr Bürger/innen zu motivieren, sich beim Thema Klimaanpassung einzubringen. Engagement der Zivilgesellschaft hänge oft nur davon ab, dass die Verwaltung einen geeigneten Raum bereitstelle. Frau Walk verweist darauf, dass das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement eine Da-

tenbank zu Beteiligungsprozessen und Lernkonzepten aufbaut, um die Befähigung von Bürger/innen zu vergrößern. Diese könne auch Orientierung für Beteiligungsprozesse zur Klimaanpassung liefern.

Klimaresilienz bzw. Klimaanpassung wird als sperriges Thema für eine Beteiligung von Bürger/innen bezeichnet. Daher wird empfohlen eher über Erhalt und Verbesserung der Lebensqualität (u. a. auch über die Verknüpfung mit Themen des Klimaschutzes und der Stadtentwicklung) zu kommunizieren, damit es für Bürger/innen verständlich sei. Auch müsse Anpassung als lösungsorientierter Prozess transportiert werden, der positiv und proaktiv gestaltet wird. Eine niedrigschwellige Ansprache sei notwendig, um möglichst vielen Bürger/innen die Möglichkeit der Beteiligung zu geben.

Abschließend wird kritisch angemerkt, dass Beteiligung zu selten als Wert an sich gesehen wird und stattdessen immer mit einem bestimmten Zweck verbunden sei. Die Beteiligung von Akteuren führe in vielen Fällen jedoch zu besseren Ergebnissen bei der Gestaltung von Zukunftsthemen. Beteiligung könne daher durch eine Ermöglichungskultur auch als sozialer Innovationsprozess angesehen werden. Um dies weiterhin zu gewährleisten, sollten Beteiligungsprozesse an sich verstetigt werden.

Fazit und Ausblick

Petra Mahrenholz, Umweltbundesamt, Leiterin des Kompetenzzentrums Klimafolgen und Anpassung (KomPass)

Frau Mahrenholz resümiert, dass Bund und Länder lokale Prozesse unterstützen. Ein zentrales Element wird hier zukünftig ein ressortübergreifendes Bundesportal für Klimadienste und Klimaanpassungsdienste sein, welches Online-Informationsangebote und Tools bündelt und zugleich zur Netzwerkunterstützung dient. Sie sieht einen Bedarf für eine Weiterentwicklung von Methoden für Beteiligungsprozesse und hält Labelling oder Wettbewerbe für eine Möglichkeit, lokale Initiativen auszuzeichnen. Sie hält es für wichtig, in der Verwaltung eine Ermöglichungskultur für Beteiligung zu etablieren, lokalen Initiativen Freiräume zu geben und den kommunalen Austausch zu fördern. Als Ideen für die Vernetzung zwischen Bund, Ländern und Kommunen schlägt sie vor, kommunale Klimaschutzmanager/innen bzw. Klimaanpassungsbeauftragte stärker als Multiplikatoren einzubinden. Zudem können im Sinne eines aufsuchenden Formats Mentor/innen in die Kommunen kommen, um Wissen von unten nach oben zu transportieren. In den Kommunen sind Themen wie Klimaschutz, Klimaanpassung, Nachhaltigkeit und Lebensqualität strategisch und operativ besser verknüpft, hier könne der Bund von den Kommunen lernen. Sie appelliert nicht wegen eines zu hohen Anspruchs gänzlich auf Beteiligung zu verzichten. Es sei wichtig, in laufenden Beteiligungsverfahren Frustration auszuhalten und sich über positive Entwicklungen zu freuen.

Frau Mahrenholz bedankt sich bei den Vortragenden, den Organisator/innen und den Teilnehmenden der Veranstaltung.

Feedback der Teilnehmenden

Im Anschluss an die Veranstaltung wurden 40 Feedbackbögen abgegeben. Die einzelnen Elemente der Veranstaltung wurden im Durchschnitt gut bis sehr gut bewertet. Im Gesamturteil zur Veranstaltung zeigt sich folgendes Bild.

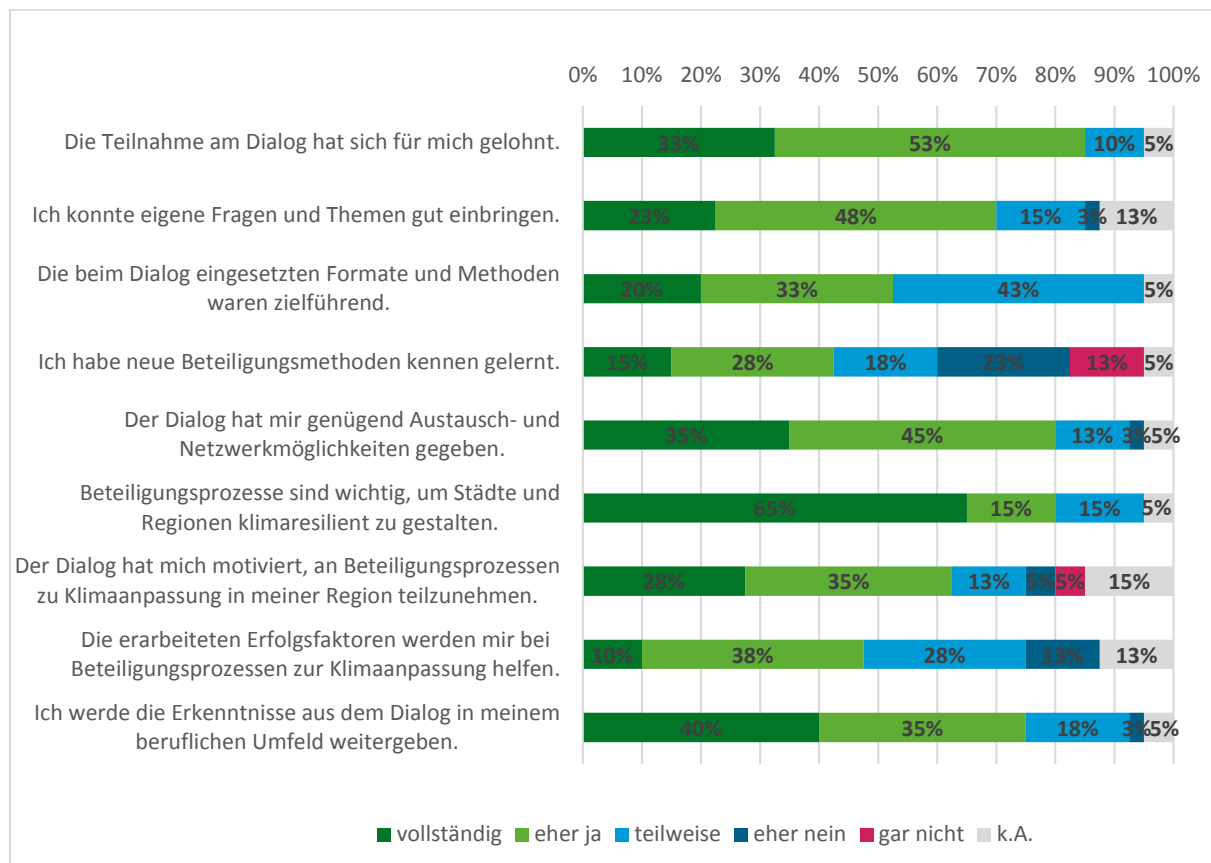


Abbildung 9: Feedback der Dialogteilnehmenden / n=40

Karte mit Beteiligungsprozessen

Bei der Anmeldung zum Nationalen Dialog sowie bei der Durchführung wurden 35 Beispiele für gelungene Beteiligungsprozesse gesammelt und in der folgenden Karte und Tabelle dargestellt.



Kartendaten © 2017 GeoBasis-DE/BKG (© 2009), Google



1	Zukunftsplanung für den Husumer Dockkoog 25813 Husum weitere Informationen unter: www.wwf.de/watt/dockkoog
2	Klimaanpassung in urbanen Räumen (KUR) 24103 Kiel
3	Klimaanpassung Einzugsgebiet Este (KLEE) 20095 Hamburg weitere Informationen unter: www.klee-este.de
4	Beteiligungsprozess Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung 20094 Hamburg weitere Informationen unter: https://www.bmub.bund.de/buergerbeteiligung/
5	KLAS – Klimaanpassungsstrategie extreme Regenereignisse in der Stadtgemeinde Bremen 28195 Bremen weitere Informationen unter: http://www.klas-bremen.de
6	Verantwortlich Handeln im Klimawandel - Urbane Strategien im Klimawandel 28857 Syke weitere Informationen unter: https://www.syke.de/portal/seiten/verantwortlich-handeln-im-klimawandel-6000149-21800.html
7	Anpass.BAR - BARnim im Wandel 16225 Eberswalde weitere Informationen unter: https://www.natuerlich-barnim.de
8	Interaktive Fotowand zum Klimawandel in Afrika in Friedrichshain-Kreuzberg 10961 Berlin
9	WWF-Onlinekurs zum Thema "Klimawandel und seine Folgen" 10117 Berlin weitere Informationen unter: www.wwf.de/mooc
10	KiezKlima Berlin 13355 Berlin weitere Informationen unter: www.kiezklima.de
11	Entwicklung der Niedersächsischen Anpassungsstrategie 30169 Hannover weitere Informationen unter: www.umwelt.niedersachsen.de/themen/klima/klimawandel_anpassung/anpassung_an_den_klimawandel/anpassung-an-den-klimawandel-134410.html
12	KlimaWohL Hannover 30170 Hannover weitere Informationen unter: www.klimawohl.net
13	EnerKlim – Energiewende im Klimawandel 30159 Hannover weitere Informationen unter: http://www.metropolregion.de/project/enerklim/



14 Stark im Regen Rietberg 33397 Rietberg weitere Informationen unter: www.stark-im-regen.de
15 Arbeitsgruppe Starkregen 46395 Bocholt
16 Bereitstellung von privaten Flächen und gemeinsame Einsaat und Pflege von Bienenweiden in Kooperation mit Stadtverwaltung, Bürgerschaft, NABU und Imkerverein 46399 Bocholt weitere Informationen unter: https://www.bocholt.de/rathaus/umweltreferat/erhalt-biodiversitaet/
17 KomNet Abwasser 45886 Gelsenkirchen weitere Informationen unter: www.komnetgew.de
18 Beteiligungsprozess Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung 45121 Essen weitere Informationen unter: https://www.bmub.bund.de/buergerbeteiligung/
19 Begleitprozess zum Klimaschutzplan des Landes Nordrhein-Westfalen 40476 Düsseldorf weitere Informationen unter: https://www.klima.nrw.de/klimaschutzplan/entwicklung-im-dialog/
20 KAKDUS - Klimaanpassungskonzept für die Landeshauptstadt Düsseldorf 40225 Düsseldorf
21 Stadt und Land im Fluss – Netzwerk Klimalandschaft 53113 Bonn weitere Informationen unter: www.wilabonn.de
22 KlimpassAktiv 06526 Mansfeld-Südharz weitere Informationen unter: www.klimpass.de
23 Kooperationsbörse Elbe-Elster 04924 Elbe-Elster weitere Informationen unter: http://www.kooperation-anpassung.de/kooperationsboersen/region-elbe-elster/
24 Kommunale Bürgerumfrage zum Klimawandel und Anpassungsstrategien der Stadt Leipzig 04103 Leipzig weitere Informationen unter: www.leipzig.de/umwelt-und-verkehr/energie-und-klima/publikationen/#c74795
25 Beteiligungsprozess Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung 04103 Leipzig weitere Informationen unter: https://www.bmub.bund.de/buergerbeteiligung/
26 LIFE Local Adapt 01062 Dresden weitere Informationen unter: www.life-local-adapt.eu/de



27 Bürgerpatenschaften zur Pflege von Grünflächen 09111 Chemnitz weitere Informationen unter: http://www.chemnitz.de/chemnitz/media/download/stadt_chemnitz/umwelt/pflegevertrag_gruenanlagen.pdf
28 Kooperationsbörse Frankfurt am Main 60306 Frankfurt am Main weitere Informationen unter: http://www.kooperation-anpassung.de/kooperationsboersen/frankfurtmain/
29 Beteiligungsprozess Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung 60306 Frankfurt am Main weitere Informationen unter: https://www.bmub.bund.de/buergerbeteiligung/
30 Integrierter Klimaschutzplan Hessen 2025 65189 Wiesbaden weitere Informationen unter: www.umwelt.hessen.de/klima-stadt/hessische-klimaschutz-politik/integrierter-klimaschutzplan-hessen-2025
31 Regen Sicher Worms 67547 Worms weitere Informationen unter: https://www.worms.de/de/mein-worms/umwelt/klima-schutz/Klimaanpassung/starkregen/
32 Beteiligungsprozess Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung 90471 Nürnberg weitere Informationen unter: https://www.bmub.bund.de/buergerbeteiligung/
33 klimafit 70173 Stuttgart weitere Informationen unter: http://www.wwf.de/aktiv-werden/bildungsarbeit-lehrerservice/klima/vhs-kurs-klimafit/
34 Pilotprojekt zur Prozessgestaltung und Steuerung von Klimaanpassung in kleinen bayerischen Gemeinden 81925 München
35 Kooperationsbörse Allgäu 87435 Kempten weitere Informationen unter: http://www.kooperation-anpassung.de/kooperationsboersen/region-allgaeu/

Veranstalter

Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung (KomPass)
im Umweltbundesamt (UBA)
Sebastian Ebert
Wörlitzer Platz 1
D-06844 Dessau-Roßlau
Telefon: +49 (0)340 - 2103-3122
Sebastian.Ebert@uba.de

Beratung und Durchführung

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung
(IÖW) GmbH, gemeinnützig
Dr. Esther Hoffmann
Potsdamer Straße 105
D-10785 Berlin
Telefon: +49 (0)30 - 884 594-0
Esther.Hoffmann@ioew.de

mit

IKU_Die Dialoggestalter
Marcus Bloser
Olpe 39
D-44135 Dortmund
Telefon: +49 (0)231 - 931 103-0
bloser@dialoggestalter.de